

Zeitschrift: Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift
Band: 25 (1921)

Rubrik: Illustrierte Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Andermatt im Winter. Phot. J. Gaberell.

Politische Uebersicht.

Zürich, 3. Februar 1921.

Die mit großer Spannung erwarteten französischen Senatswahlen endeten am 9. Januar mit einer Enttäuschung für diejenigen, welche von ihnen eine Ueberbrückung der Kluft erhofft hatten, die zwischen der bisherigen linksrepublikanischen Mehrheit des Senates und der in den Erneuerungswahlen 1919 entstandenen reaktionären und nationalistischen Majorität in der Kammer bestand. Die 98 Sitze, die aus einem Drittel der französischen Departements zu besetzen waren, fanden Inhaber, deren Physiognomien ziemlich farblos und neutral anmuten; auch ein eigentlicher freisinniger Erfolg blieb aus, so daß infolge der offenen Opposition, welche die reaktionäre Kammermehrheit dem Kabinett Lengues machte, dessen

Sturz sofort nach den Wahlen als wahrscheinlich erschien. Er wurde am 12. Jan. Wirklichkeit. In der Kammer verlangte der Ministerpräsident die Verschiebung der Interpellationen über die auswärtige Politik, die Entwaffnung Deutschlands, sowie über die innerpolitischen Fragen und stellte die Vertrauensfrage. Es wurden 463 Stimmen gegen und 125 für den Antrag der Regierung abgegeben. Damit war der Sturz des Ministeriums besiegelt; dieses reichte sofort sein Demissionsgesuch ein, und nachdem es dem Kammerpräsidenten Raoul Péret mißlungen war, ein Kabinett zustande zu bringen, beauftragte Millerand den gewandten Politiker Briand mit der Aufgabe. Am 17. Jan. konnte dieser dem Präsidenten der Republik folgende Liste seiner Mitarbeiter



Wintersport in Andermatt: Skirennen an der Gurschensprungchanze.
Phot. G. Wähler, Andermatt.

im Ministerium vorlegen: Ministerpräsident und Auswärtiges: Briand, Justiz: Bonnevan, Inneres: Marraud, Krieg: Barthou, Marine: Guisthau, Finanzen: Doumer, öffentlicher Unterricht: Bérard, Landwirtschaft: Lefèvre du Prey, Handel: Dior, Arbeits- und Hilfsministerium: Daniel Vincent, Pensionen: Maginot, öffentliche Arbeiten: Le Trocquer, Hygiene: Leredu, Kolonien: Sarraut, befreite Gebiete: Loucheur.



Wintersport in Andermatt: Hockey-Spiel auf der Eisbahn vor dem Hotel Danioth.
Phot. G. Wähler, Andermatt.

Der Ministersturz war ein Sturmzeichen vor den bevorstehenden Besprechungen der leitenden Staatsmänner der Entente in Paris, wo besonders die Frage der Entwaffnung Deutschlands und der Wiedergutmachungen zur endgültigen Regelung kommen sollten, und die nationalistische

Kammer traute Lengues offenbar die nötige Energie nicht zu, die Forderungen Frankreichs durchzusehen gegenüber Lloyd Georges Neigung, Deutschland in kluger Mäßigung entgegenzukommen. Daß der geschmeidige Briand, nicht etwa Poincaré, der Deutschenfresser, mit den auswärtigen Angelegenheiten betraut wurde, ließ da und dort die Hoffnung laut werden, Millerands maßvollerer politischer Standpunkt werde in den Verhandlungen, die mit einer kleinen Verspätung infolge der Ministerkrisis am 24. Januar in Paris begannen, wohl über den des unversöhnlichen Poincaré den Sieg davontragen, und die Beschlüsse, die endgültig sein sollten, würden für die deutsche Republik nicht härter ausfallen, als sie ein weitjüchtiger Politiker der unterlegenen,

bisher feindlichen Macht gegenüber verantworten könne. Denn was die Welt nun braucht, sind geordnete Verhältnisse, Friede, die Möglichkeit für alle Länder, die den Frieden schließenden wie die neutralen, sich von dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruche in absehbarer Zeit wieder zu erholen, damit sich wieder ein annähernd normaler Handel von Land zu Land entwickeln könne und die Wunden vernarben, die der größte Krieg der Weltgeschichte dem Wirtschaftsleben der ganzen Welt geschlagen. Als schönen Anfang hatte jeder Einsichtige die erste

Deshalb mag mancher ungläubig gelächelt haben, als in Paris der französische Finanzminister Doumer mit Forderungen hervortrat, welche die Abmachungen von Boulogne und Brüssel nach berühmtem Muster als „chiffon de papier“ behandelten, und Lloyd Georges temperamentvolle Erklärung, er werde bei der Annahme solcher Wiedergutmachungs-Bedingungen sein Bündel Schnüre und heimfahren, hatte wohl die Billigung aller rechtlich Denkenden. Es folgten mühselige Verhandlungen in einer Spezialkommission; Belgien reichte



Wintersport in Andermatt: Ein guter Sprung. Phot. G. Gäßler, Andermatt.

Völkerbundsversammlung in Genf begrüßt, obwohl auch dort Frankreich in unglaublicher Verblendung durch seine Obstruktion vernünftige Beschlüsse hintertrieben hatte; nachdem aber die Verhandlungen in Brüssel den wenigen Mitteilungen zufolge, die darüber „verlautbart“ wurden, ein Einvernehmen zwischen Deutschland und den Alliierten erwarten ließen, durfte man hoffen, daß in Paris nun wirklich endgültige Arbeit getan werde, d. h. daß man Deutschland wohl die Pflicht auferlege, am Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete mitzuwirken, daß es sich aber um Maßnahmen handeln werde, die dem deutschen Volke auch den Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft ermöglichen.

einen Vermittlungsantrag ein, der im allgemeinen auf der Abmachung von Boulogne fußte und wonach Deutschland in 42 Jahresraten die ungeheure Summe von 226 Milliarden Mark in Gold als Wiedergutmachung zu entrichten hätte, und zwar in der Weise, daß in den ersten zwei Jahren je zwei Milliarden bezahlt werden müßten, worauf eine Progression eintreten soll, so daß in den letzten 31 Jahren je sechs Milliarden fällig würden. Ferner soll Deutschland während dieser 42 Jahre jährlich 12,5 Prozent vom Ertrage seiner jeweiligen Ausfuhr an die Sieger abgeben und außerdem ohne Einwilligung der Alliierten keine ausländische Anleihe aufnehmen dürfen.

„Die Wiedergutmachungskommission,“ heißt es da, „wird die notwendigen Maßnahmen zur Kontrolle der deutschen Ausfuhr treffen.“ Dieser Antrag wurde dann gutgeheißen.

Solche Bedingungen dürften auf jeden vorurteilslosen Beurteiler den Eindruck einer grotesken Forderung kaum verfehlen. Abgesehen von der 42 Jahre lang auf dem deutschen Volke lastenden Schuldverpflichtung, deren Erfüllung ungeheure Steuern und eine schwere Lähmung des Wirtschaftslebens bedeutet, soll also auch der Export noch mit einer nicht unbeträchtlichen Abgabe erschwert werden, und — was vielleicht das Schlimmste ist: zweiundvierzig Jahre lang soll der deutsche Außenhandel unter der Kontrolle der Siegerstaaten stehen, soll eine wirtschaftliche Ueberwachung der gesamten Ausfuhr durch die Alliierten stattfinden, wie man sie bisher einem großen Kulturvolk nie aufzuzwingen gewagt hat. Ja, Lord Curzon wollte sogar die Drohung beifügen, man werde Deutschland den Eintritt in den Völkerbund verwehren, wenn es seine Verpflichtungen nicht loyal und exakt erfülle.

Man mag sich billig wundern, daß Lloyd George hier nicht sein Veto eingelegt hat, und das ist wohl lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß er die „geschlossene Front“ der Alliierten nicht zerstören wollte und Deutschland fallen zu lassen einem allfälligen Bruche mit Frankreich vorzog. Hat doch England gegenwärtig in Irland, in Indien schon genug Berg an der Kunkel, die Arbeiterfrage nicht zu vergessen, die als sehr schwieriges Problem auf das Land drückt. So mag ihm doch die Befriedigung, die er über den Ausgang der Konferenz geäußert haben soll, kaum recht von Herzen gekommen sein. Das einzige, was auf seine Initiative zurückgehen mag, ist wohl die Ansetzung einer weiteren Konferenz, die Ende Februar in London stattfinden soll und zu der die deutschen Vertreter eingeladen werden. Diese Beschlüsse sind also wohl als Grundlage einer weiteren Besprechung gedacht; ob sie eine wesentliche Aenderung erfahren werden, oder ob vielleicht doch Amerika sich noch in die Sache mischt, wer kann's wissen? Jeden-

falls muß sich's Frankreich gesagt sein lassen, daß es mit dieser Politik wenig zur Schaffung eines wirklichen Friedens in Europa beiträgt und daß wohl auch die Neutralen sich zu wehren das Recht hätten, wenn sie durch die Bezahlung der deutschen Ausfuhrbelastung allenfalls zur Mitarbeit am Wiederaufbau von Ruinen, an denen sie nicht die geringste Schuld tragen, herangezogen werden sollten.

Ueberhaupt scheint sich Frankreich einzubilden, es dürfe nun auch den Neutralen gegenüber als Sieger auftreten und Verträge als Papierfetzen behandeln. Das geht deutlich aus den neuesten Vorschlägen hervor, die in der Frage der neutralen Zone in Savoyen kürzlich in Bern eingelaufen sind. Nicht der Wert oder Unwert dessen, was in Frage steht, ist hier das Wesentliche, sondern die Tatsache, daß Frankreich einen Vertrag, der nicht gekündigt ist, einseitig aufheben zu dürfen glaubt. Wir hoffen, der Bundesrat habe den Mut und die Kraft, sich energisch gegen ein solches Ansinnen zu verwahren und zu verlangen, daß der Standpunkt des Rechtes auch dann nicht verlassen werde, wenn er Frankreich einmal nicht in den Kram passen sollte.

Doch — wir sind noch bei den Pariser Verhandlungen und können uns über das Weitere kurz fassen: Die Entwaffnungsfrage wurde so geregelt, daß unter Androhung schwerer Sanktionen auf die vollständige Durchführung der Entwaffnung gedrungen werden soll, insbesondere auch auf die Auflösung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei, daß aber bestimmte Fristen angesetzt wurden, innerhalb derer die Entwaffnung und Auflösung vollzogen sein müsse. Auch hier mahnte England zur Mäßigung, hob hervor, daß die Entwaffnung im großen und ganzen durchgeführt sei, und vergaß auch nicht, auf die bolschewistischen Umtriebe hinzuweisen, denen Deutschland nicht völlig wehrlos gegenüberstehen dürfe.

Eine weitere wichtige Frage, das Orientproblem, soll unter Beziehung türkischer und griechischer Delegierter im Laufe dieses Monats in London besprochen werden. Ob der Vertrag von Sevres nun doch einer Modifi-

kation unterzogen und Griechenland für die Wiedereinsetzung seines Königs gemäßigelt werden soll, wie da und dort vermutet wird?

Auch die Hilfeleistung an das dem Bankerott nahe stehende Oesterreich wurde erwogen, und man beschloß, den alliierten Regierungen den Rat zu geben, auf alle Guthaben, wie Wiedergutmachungsforderungen, Besetzungskosten usw., zu verzichten und die privaten Finanzkreise der Welt aufzumuntern, dem notleidenden Lande mit Darlehen zu helfen. Staatliche Hilfe wurde abgelehnt. „Bis dat qui cito dat“ scheint den Herren nicht gerade als Leitsatz vorgeschwebt zu haben, und doch gäbe hier doppelt, wer rasch gäbe! Sodann wurden die russischen Randstaaten Lettland und Estland anerkannt und Georgien stellte man die Anerkennung in Aussicht.

Man darf nun gespannt sein, was bei der Besprechung in London herauskommt. Möchte doch endlich in Frankreich, das sich dem Völkerbund und fast allem, was den wirklichen Frieden für Europa sicherstellte, entgegenstemmt und in unverständlicher Verblendung

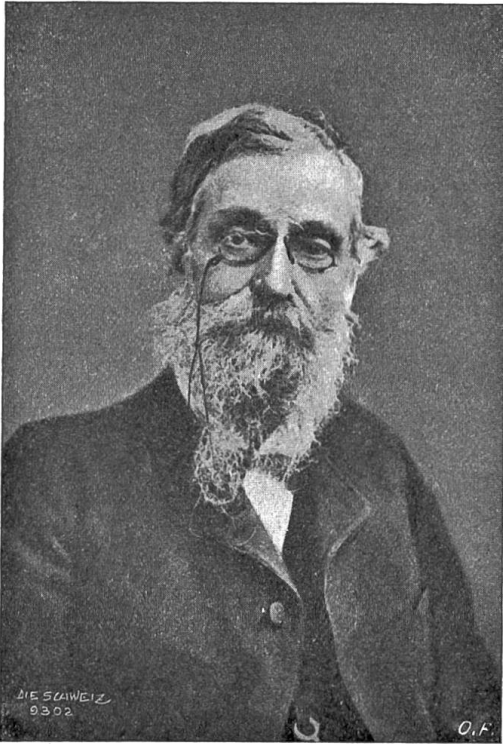
durch Darniederhaltung des deutschen Wirtschaftslebens auf Jahrzehnte hinaus seinen Interessen und seiner Sicherheit dienen zu können glaubt, einsehen, daß heute eine Verständigung dringlicher ist als die größten Goldzahlungen, ja, daß eine Ausschließung Deutschlands vom Völkerbund ein Verbrechen an der ganzen Menschheit darstellte. Im Gegenteil; zwingen sollte man die besiegte Macht, dem Bunde beizutreten, falls sie nicht wollte; denn nur in der Universalität der Liga liegt die Gewähr, daß sie fortbesteht und der Menschheit — und damit auch den Franzosen — zum Heil und Segen gereicht!

* * *

In der Schweiz ereigneten sich zwar keine welthistorisch großen Taten, wohl aber zwei Dinge, die für unser politisches Leben nicht ganz unwichtig sind. Wir verfahren chronologisch und erwähnen zunächst die Urabstimmung über den Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages in Bern durch die Parteimitglieder. Wenn man allerdings im Parteitagbeschuß eine Niederlage des Leninismus erblicken zu müssen glaubt,



† Eugène Burnand in seinem Atelier beim Skizzieren einer biblischen Figur nach lebendem Modell.
Phot. A. Krenn, Zürich.



† Henri Fazy, Genf, Ständerat.
Phot. F. Bissonnaz, Genf.

so dürfte man sich täuschen. Mehr aus taktischen Gründen wurde dort die Annahme der 21 Bedingungen abgelehnt, von denen das Oberhaupt der russischen Bolschewiki den Eintritt der Sozialisten in die dritte Internationale abhängig machte; stark eidgenössische oder gar demokratische Regungen waren wohl kaum maßgebend, und ohne die 21 Bedingungen würde der Anschluß an die Reaktion von links, die Verfechter der Diktatur des Proletariats, freudig beschlossen worden sein. Etwas anders mag es wohl in vielen von den rund 25,000 Stimmentenden ausgefallen haben, die den Berner Beschluß gegen 8600 Ablehnende angenommen haben, und mancher mag

sich gesagt haben, daß, dem Namen der Partei entsprechend, nicht nur das soziale, sondern auch das — demokratische Prinzip nicht vergessen werden dürfe, und daß die dritte Internationale gerade dieses durch ihr Streben nach Alleinherrschaft mit Füßen trete.

Der Ansturm gegen die Militärjustiz wurde in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 30. Januar mit 366,883 gegen 192,803 Stimmen abgelehnt. Die Initiative, bei gewissen Staatsverträgen deren Annahme von einer Volksabstimmung abhängig zu machen, haben am selben Tage 383,696 gegen 158,098 Bürger angenommen. Beide Ergebnisse sind erfreulich: jenes als Zeugnis guten Schweizertums, das nicht an seiner Wehrmacht rütteln läßt, die während des Weltkrieges sich als notwendiger Schutz und Schirm von Land und Volk erwiesen; dieses als Zeichen, daß das Volk wissen will, was für Verträge mit fremden Staaten abgeschlossen werden, und den echt demokratischen Wunsch hat, zum Rechten zu sehen, wo ihm seine Vertreter gegen zu weit gehende Ansprüche von außen nicht fest genug zu sein scheinen, und ihnen das Rückgrat zu stärken. Möge nun das Militärstrafrecht, das veraltet ist und während der Grenzbesetzungszeit viel Bitterkeit unter den Wehrmännern zur Folge hatte, möglichst bald die Revision erfahren, die man in Bern dem Volke versprochen hat! Hinzugefügt mag noch werden, daß die Militärjustizinitiative bei einer Beteiligung von rund fünfzig Prozent aller Stimmberechtigten von 19 Kantonen und Halbkantonen verworfen, die Staatsvertragsinitiative von 20 Kantonen und Halbkantonen beschlossen worden ist.

Totentafel. In Genf starb am 23. Dezember 1920 Henri Fazy. 1842 in Bern geboren, kam Fazy schon 1846 nach Genf. Seine weitere Erziehung genöß der künftige „Grand argentier de la République“ in Genf am Collège und an der Académie, der späteren Universität. Als 17-jähriger Student veröffentlichte er sein erstes Werk: „Mémoire sur les antiquités romaines découvertes aux Tranchées“, dem noch manches Wertvolle folgte: „Genf und die freien Zonen“ hat in dem gegenwärtigen Konflikt zwischen der Schweiz und Frankreich von neuem aktuelle Bedeutung erlangt. H. Fazy bereitete auch eine

„Populäre Geschichte von Genf“ vor, deren Manuskript sich nun unter seinen nachgelassenen Schriften befindet.

Am 18. Dezember 1870 wurde der junge Fazy mit 5177 Stimmen zum Genfer Staatsrat gewählt; wenige Tage vor seinem Tode konnte er sein 50. Jubiläum als Regierungsmitglied feiern. Als Finanzdirektor hat er seiner Vaterstadt die größten Dienste geleistet; die letzten großen Steuerpläne wurden noch unter seiner Leitung ausgearbeitet. Er war Mitglied des Nationalrates von 1896 bis 1899 und von 1902 bis 1918, in welchem letzterem Jahr er zum

Ständerat übersiedelte. Ein einfaches Wesen, ein warmes Herz für alle Leidenden, eine Toleranz, die die „manière forte“ gegen Andersgläubige kategorisch verurteilte, schuf ihm eine wohlverdiente Volkstümlichkeit. K. A. T.

In Basel ist am 4. Januar im Alter von 60 Jahren nach kurzer Krankheit Dr. Fritz Baur gestorben. Der Verstorbene trat 1882 in die Redaktion der „Allgemeinen Schweizerzeitung“ ein und ging 1902 anlässlich des Besitzwechsels, der sich bei den „Basler Nachrichten“ vollzog, an dieses Blatt über, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Viele Jahre gehörte er dem weiteren Bürgerrat sowie kirchlichen Behörden an. Ferner war er in weiten Kreisen als Chronist des Basler Jahrbuches und als Verfasser sehr anziehender Reiseschilderungen (Umgebung von Basel usw.) bekannt.

In Winterthur ist am 6. Januar im hohen Alter von 79 Jahren Prof. Friedrich Krebs, 41 Jahre lang Lehrer an den höhern Schulen, gestorben.

Im Alter von 82 Jahren starb am 11. Jan. in Basel Direktor Ernst Kempter, ehemaliger Direktor des Basler Männerchors und des Deutschen Liederkranzes. Im Jahre 1893 war er neben C. Attenhofer und E. Vogt Direktor des Eidgenössischen Sängerfestes. Mehrere Jahrzehnte lang war er Organisator der Christkatholischen Kirchengemeinde an der Predigerkirche.

In seiner Heimat, in Rapperswil, ist am 12. Januar im 61. Altersjahr Dr. C. Bürkli gestorben, eine in den zürcherischen Richter- und Anwaltskreisen wohlbekannte Persönlichkeit.



† Flieger-Oberleutnant Muhr mit seinem Apparat (verunglückt am 26. Januar 1921 auf dem Flugplatz Dübendorf).



† Peter Isler, Oberstkorpskommandant. 1847—1920 (s. Januarheft S. 60).

feit. Viele Jahre wirkte er als Dolmetscher für Italienisch und Französisch bei der Bezirksanwaltschaft, wobei ihm besonders seine gründlichen Kenntnisse der italienischen Dialekte zustatten kamen.

In Wallenstadt ist am 15. Januar morgens im Alter von 85 Jahren alt Stadtpfarrer und Erziehungsrat Karl Ricklin gestorben. Er amtierte während 35 Jahren an der Stadtgemeinde Wallenstadt und galt als ein feingebildeter und fortschrittlich gesinnter Mann, der mit allen Konfessionen im besten Frieden zu leben bestrebt war.

Im Schwesternhaus zum Roten Kreuz Zürich starb am 15. Januar im Alter von 40 Jahren Jakob Rüegg, Direktor der „Elektra“ A.-G. Wädenswil.

Im Alter von 60 Jahren ist am 16. Januar an einer Lungenentzündung Fräulein Rosa Grieb, seit 33 Jahren Lehrerin in Burgdorf, gestorben. Die Verstorbene hat sich durch ihre Bestrebungen zur Erhaltung heimischer Sitte und Art einen Namen gemacht und hat sich auch schriftstellerisch mit Erfolg betätigt. Ihr Werk „Us mym Bärndütsch-Chratte“ fand die beste Aufnahme.

In Basel starb im Alter von 72 Jahren am 19. Januar Bankier Albert von Spenr-Bölger, der im geschäftlichen und gesellschaftlichen Leben Basels eine hervorragende Stellung einnahm.

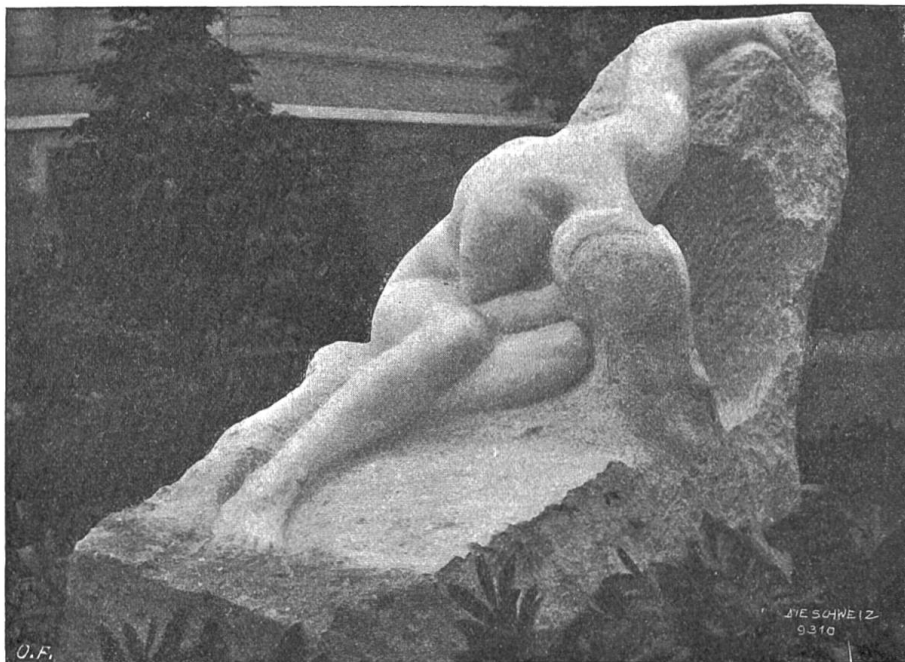
Am 27. Januar, morgens, verschied in ihrem 95. Altersjahr die älteste Bewohnerin von Lausanne, Mme. Elisabeth Perdonnet, die Schwiegermutter von Gustave Ador. Mit ihrem Tode gelangt die Stadt Lausanne endgültig in den Besitz des Parkes von Mont-

Repos, der im Jahre 1910 um 2 Millionen erworben wurde. Man will daselbst ein neues Bundesgerichtsgebäude errichten.

In Basel starb nach kurzer Krankheit am 27. Januar Major Hermann Schulz, langjähriger Redaktor des „Basler Anzeiger“. Er stand im 50. Altersjahr.

In Mollis starb im Alter von 89 Jahren die Witwe des Fabrikinspektors Dr. Schuler. Damit werden die von diesem großen Philanthropen gemachten Legate für öffentliche Zwecke fällig. Es fallen je 15,000 Fr. den Krankenkassen Mollis, dem Sanatorium Braunwald und dem Irrenhausfonds zu. Das übrige bedeutende Vermögen ist dem Kanton zwecks Errichtung einer kantonalen Anstalt für arme Retonwaleszenten vermacht.

gefezes nahm er hervorragenden Anteil, ebenso an den Vorberatungen des neuen Zolltarifes von 1884, wodurch er sich gründliche Kenntnisse der zollpolitischen Fragen erwarb. 1890 wurde er Präsident der Kaufmännischen Gesellschaft, und 1900 auch des Schweizerischen Handels- und Industrievereins. Ueberall erwies er sich als überaus kundiger und geschickter Mann. Außerdem saß er im Verwaltungsrat der Schweizerischen Kreditanstalt seit 1877, dessen Vizepräsident er während einer langen Reihe von Jahren bekleidete. Ueberall, auch im Nationalrat, dem er von 1893 bis 1899 angehörte, entfaltete Wunderly eine überaus rege Tätigkeit, und seine gründlichen Kenntnisse der wirtschaftlichen Fragen verliehen seinen Ratsschlüssen Gewicht. Sein Name ist mit der Volkswirtschaft des ausgehenden 19. und



Grabmal für die in Genf während des Krieges verstorbenen französischen Internierten. Ausgeführt und der Stadt Genf geschenkt von Bildhauer Marcel Bouraine. Phot. Correspondance Illustrée, Genf.

In seiner Heimatgemeinde Meilen starb am 23. Januar Hans Wunderly-v. Muralt im Alter von 79 Jahren. Er hat im Wirtschaftsleben unseres Landes eine hervorragende Rolle gespielt und war Leiter des einstmals größten Baumwollspinnerei-Unternehmens auf unserm Kontinent. Wunderly erhielt eine sorgfältige kaufmännische und technische Ausbildung, beherrschte mehrere Fremdsprachen wie die Muttersprache, und besaß große organisatorische Talente. 1873 schloß er sich der eben gegründeten Kaufmännischen Gesellschaft Zürich an und wurde 1880 in den Vorstand gewählt. An den Beratungen des eidgenössischen Fabrik-

beginnenden 20. Jahrhunderts eng verknüpft.

In Thun starb am 23. Januar Heinrich Morf, Professor der romanischen Philologie und Literatur an der Universität Berlin. (Vgl. den Nekrolog auf S. 109 dieses Heftes.)

Nach kurzer Krankheit starb in Freiburg am 1. Februar im Alter von 81 Jahren Alphonse Théraulaz. Der Verstorbene saß von 1874 bis 1911 im Regierungsrat des Kantons Freiburg. Er war Nationalrat von 1884 bis in die letzten Jahre, Grokrat seit 1887, Ständerat von 1883 bis 1884. Théraulaz war auch Mitglied des Kreiseisenbahnrates I der Schweizerischen Bundesbahnen.

Redaktion: Hans Müller-Bertelmann, Zürich.

Aleinige Inseraten-Aannahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Zürich, Basel, deren Filialen u. Agenturen.

Druck der Buchdruckerei Berichthaus, Zürich.



W. L. Lehmann, Zürich.

Abendwolken. Ölgemälde.